

Rede des Abg. Alfons Gerling vor dem Hessischen Landtag, 13.09.2012

„Unnötige Panikmache beim Thema Altersarmut und Renten muss vermieden werden - Gefahr von Altersarmut in Hessen gering“

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

In den letzten Wochen haben wir im Hessischen Landtag wiederholt über Altersarmut und Generationengerechtigkeit diskutiert. Viele Sachargumente und allseits bekannte Standpunkte haben wir bereits mehrfach ausgetauscht. Wesentlich Neues konnte der Redebeitrag von Ihnen auch nicht bieten, Herr Dr. Spies, wie auch der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion keine unbekanntenen Konzepte beinhaltet

Was Sie ansprechen, ist bereits von der Landesregierung aufgegriffen und umgesetzt, zumindest aber angegangen worden. Richtig ist, dass es heute vergleichsweise wenige ältere Menschen gibt, die von Armut betroffen sind. Den meisten Rentnerinnen und Rentnern geht es weitgehend gut.

Tatsache ist aber auch, dass in Hessen 3 % der über 65-Jährigen von der Grundsicherung leben. Dabei ist anzumerken, dass Grundsicherung nicht automatisch mit Armut gleichgesetzt werden kann.

Dennoch ist in den kommenden Jahren mit steigenden Fallzahlen von Grundsicherungsempfängern zu rechnen, allein schon wegen einer zunehmenden Zahl von Pflegefällen, die mit ihrer Rente im Pflegeheim nicht mehr auskommen. Laut Statistischem Landesamt lag die Armutsgefährdungsquote in Hessen 2011 bei 12,7 % und damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 15,1 %. Damit steht Hessen mit Bayern und Baden-Württemberg an der Spitze der Armutsbekämpfung.

Vor allem aber sollten wir uns vor Panikmache im Hinblick auf Altersarmut hüten. Peter Hahne schrieb in seiner Kolumne in der letzten Ausgabe der „Bild am Sonntag“, die Altersarmutsdiskussion in unserem Land sei sehr überzogen, wenn so getan werde, als würde Deutschland in den nächsten Jahren in bitterer Armut versinken. Wir leben in einem der reichsten Länder der Erde. Wir können uns ein Gesundheits- und Rentensystem leisten, um das uns alle Welt beneidet. Dem, was Peter Hahne schreibt, kann man eigentlich nicht widersprechen.

Bisher waren wir immer in der Lage, unsere Probleme mit unseren Sozialsystemen zu lösen. Es besteht also kein Grund zur Panikmache. Es ist zutreffend, wenn die SPD in ihrem Antrag bekundet – und Sie haben es mit Ihrer Rede noch einmal bestätigt, Herr Dr. Spies –, dass das auf dem Generationenvertrag basierende Rentensystem in Deutschland trotz der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise leistungsfähig geblieben ist. Das ist eine richtige Erkenntnis. Richtig ist aber auch, dass wir aufgrund der steigenden Lebenserwartung und der sinkenden Zahl der Geburten zukünftig immer weniger Beitragszahler und immer mehr Rentenempfänger haben werden. Das hat zur Folge, dass der Staat jedes Jahr insgesamt über 80 Milliarden € zur Finanzierung des Rentensystems hinzuschießen muss. Hinzu kommt, dass das Rentenniveau in den nächsten Jahren sinken wird. Sie haben richtig beschrieben, Herr Dr. Spies, wie es 2001 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung beschlossen wurde. Dabei handelte es sich unter anderem um eine Absenkung von derzeit 50 % auf 43 % bis 2030. Damit werden die Rentner künftig weniger Geld in der Tasche haben.

Meine Damen und Herren, die CDU wird in den nächsten Monaten ein tragfähiges Rentenkonzept vorlegen. Darüber gibt es in der CDU schon ausgiebige Diskussionen, einschließlich des Vorschlags einer Zuschussrente. Das neue Rentenkonzept, das die CDU anstrebt, soll

Altersarmut in Zukunft vermeiden und sicherstellen, dass jeder, der ein Leben lang gearbeitet hat, auch am Schluss von dieser Rente leben kann.

Nun hat auch die SPD nachgezogen und ein neues Rentenkonzept vorgelegt, über das die Partei heftig streitet. Die „FAZ“ schrieb am Montag dieser Woche etwas von einem „Renten-Torso“ und dass die SPD „weiter Kurs auf das Schlaraffenland“ nehme. Die SPD nimmt Abschied von all ihren bisherigen Beschlüssen in der Rentenpolitik. Es ist schon erkennbar, dass bei der SPD die Balance zwischen Beitragszahler und Rentner fehlt. Meine Damen und Herren, das kann nicht gutgehen. Es ist zu wünschen, dass wir in der Frage der Renten wieder zu einem Rentenkonsens kommen, wie dies auch in früheren Jahren immer der Fall war.

Meine Damen und Herren, die SPD hat in ihrem zur Debatte stehenden Antrag festgestellt, dass eines der besten Mittel zur Vermeidung von Altersarmut darin besteht, dass möglichst viele Menschen einen Arbeitsplatz haben. Dass Arbeitslosigkeit möglichst von vornherein verhindert wird und dass sie dort, wo sie entsteht, schnellstens wieder abgebaut wird, ist das Wichtigste, was wir tun können. Wichtig ist vor allem, immer wieder neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dafür steht die CDU mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Meine Damen und Herren, bei jedem Einzelnen, der aus der Arbeitslosigkeit wieder in ein Beschäftigungsverhältnis kommt, verringert sich die Gefahr, später im Alter in Armut zu geraten. Hierbei haben die Hessische Landesregierung und die Bundesregierung insbesondere durch ihre wirksamen Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise richtige Weichenstellungen vorgenommen und gehandelt. Noch nie waren so viele Menschen in unserem Land sozialversicherungspflichtig beschäftigt wie heute. Während unter der rot-grünen Bundesregierung die Arbeitslosigkeit bei über 5 Millionen lag, liegt sie jetzt bei unter 3 Millionen Arbeitslosen. Besonders erfreulich ist, dass wir die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa haben. Insofern, meine Damen und Herren, sehe ich Einsicht bei der SPD, wenn sie in ihrem Antrag ausdrücklich betont, dass der Abbau der Arbeitslosigkeit ein wichtiges Element zur Vermeidung von Altersarmut sei. Meine Damen und Herren, unstrittig ist, dass trotz der Arbeitsmarktzahlen darauf hingewirkt werden muss, dass es sich bei den Arbeitsplätzen möglichst um dauerhafte und gut bezahlte Beschäftigungsverhältnisse handelt. Befristete und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse haben in den letzten Jahren zugenommen, nicht zuletzt auch durch die Hartz-IV-Gesetzgebung. Um dem entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen. So wurde z. B. im April 2011 ein Mindestlohn in der Zeitarbeitsbranche festgelegt, und auch die meisten Mindestlöhne, die es derzeit gibt, sind nicht von Rot-Grün, sondern von der CDU-geführten Regierung unter Bundeskanzlerin Merkel eingeführt worden. Die CDU ist aber nach wie vor der Auffassung, dass für Löhne nicht der Staat, sondern die Tarifpartner zuständig sind. Wir in der CDU favorisieren deshalb weiterhin unseren Vorschlag, dass die Tarifpartner eine allgemeine Lohnuntergrenze vereinbaren, die ein bestimmtes Lohnniveau nach unten absichert.

Meine Damen und Herren, für die Besserstellung von Frauen bei der Rente brauchen wir eine bessere Anrechnung der Kindererziehungszeiten für die Zeit vor 1992. Zudem sind wir uns sicherlich einig, dass Frauen für die gleiche Arbeit auch der gleiche Lohn zusteht. Denn das wird sich auf die Renten positiv auswirken. Im Übrigen sollte es gerade in Zeiten des Fachkräftemangels im ureigenen Interesse der Arbeitgeber liegen, Frauen gerecht zu entlohnen und somit die Arbeitsplätze attraktiv für Frauen zu machen. Zudem ist eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch von Pflege und Beruf unabdingbar. In beiden erreichen ist von der Bundes- und der Landesregierung nachweislich viel getan worden. Aber das diskutieren wir heute Nachmittag im Rahmen der Aussprache zu einer Großen Anfrage. Deshalb will ich jetzt nicht näher darauf eingehen. Im Bund wurde das Gesetz zur Familienpflegezeit verabschiedet, nur um ein Beispiel zu nennen.

Meine Damen und Herren, die SPD fordert noch mehr Anstrengung bei den Bildungsausgaben, damit möglichst viele Menschen eine gute Bildung bekommen und später nicht in Altersarmut geraten, wohl wissend, dass sie sich in Hessen auf einem historischen Höchst-

stand befinden. Seit 1999 hat sich der Bildungsetat von 2,35 Milliarden € auf 3,4 Milliarden € gesteigert. Das ist die höchste Steigerung und die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben für Bildung in einem der Flächenländer. Meine Damen und Herren, zudem wurde seit 1999 die Zahl der Lehrer deutlich erhöht. Die Unterrichtsversorgung wurde von 84 % auf über 101 % gesteigert. Weiterhin fordert die SPD, dass die Ausbildung von Jugendlichen gefördert wird, insbesondere um die Schulabbrecherquote zu senken. Aber auch hierbei hat die Landesregierung schon längst gehandelt. 2010 stellte das Land Hessen insgesamt 27,79 Millionen € für Ausbildungsprogramme zur Verfügung. Davon wurden rund 14,7 Millionen € in die Ausbildung benachteiligter Jugendlicher und 8,58 Millionen € in die Ausbildungsvorbereitung benachteiligter Jugendlicher investiert. Durch verschiedene Maßnahmen konnte die Zahl der Hauptschüler ohne Abschluss auf unter 8 % verringert werden. Unter der rot-grünen Landesregierung waren es noch 23 %. Meine Damen und Herren, ich hätte noch viel zur Beschäftigung Älterer und deren Weiterbildung usw. auszuführen.

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Die Landesregierung hat in den Punkten, die die SPD angesprochen hat, gehandelt. Sie hat die Probleme erkannt. Die CDU war und ist die Partei der sicheren Renten. Wir sind die Partei der guten Wirtschaftsdaten und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir stehen für Generationengerechtigkeit. Die CDU-geführte Landesregierung hat die Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung vorangetrieben, damit künftigen Generationen keine Schuldenberge hinterlassen werden und wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sichern, die Sie, Herr Dr. Spies, in Ihrer Rede auch angesprochen haben. Das zeugt von Generationengerechtigkeit. Das sollten wir auch bei der Diskussion um ein Rentenkonzept beachten. Meine Damen und Herren, wir werden diesen erfolgreichen Weg in Hessen fortsetzen. – Vielen Dank. Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten Wochen haben wir im Hessischen Landtag wiederholt über Altersarmut und Generationengerechtigkeit diskutiert. Viele Sachargumente und allseits bekannte Standpunkte haben wir bereits mehrfach ausgetauscht. Wesentlich Neues konnte der Redebeitrag von Ihnen auch nicht bieten, Herr Dr. Spies, wie auch der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion keine unbekanntenen Konzepte beinhaltet.